

**Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP****Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen**

Bremen ist ein starker Industriestandort und soll es bleiben. In der wirtschafts-politischen Programmatik und Schwerpunktsetzung spiegelt sich das unter anderem darin wider, dass das Land Bremen über einen Masterplan Industrie sowie vier Innovationscluster (Luft- und Raumfahrt, Windenergie, Maritime Wirtschaft/Logistik sowie Automotive Nord) verfügt, die stark industriell geprägt sind und in denen technische, vorwiegend männlich geprägte Berufsbilder dominieren. Auch sind viele Instrumente der bremischen Wirtschaftsförderung auf das produzierende Gewerbe zugeschnitten. Dabei wird teilweise die Tatsache verkannt, dass der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Wirtschaftsleistung im Land Bremen bei vier Fünfteln liegt – mit steigender Tendenz. Dort entstehen auch die meisten neuen Arbeitsplätze.

Der Trend zur Tertiarisierung, das heißt der Verschiebung der wirtschaftlichen Aktivitäten vom produktiven Sektor hin zum Dienstleistungsbereich im Rahmen des Strukturwandels, ist seit vielen Jahren ungebrochen. So stieg der Anteil des Dienstleistungssektors am Arbeitsvolumen (Summe aller erbrachten Arbeitsstunden) im Land Bremen allein zwischen 2000 und 2017 von 73,7 Prozent auf 79,0 Prozent. Das Wachstum fand in erster Linie bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen sowie den öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen (Erziehung, Gesundheit und private Haushalte) statt. Die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten innerhalb des Dienstleistungsbereichs arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen (13,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen), im Handelsgewerbe (12,5 Prozent) sowie im Bereich Verkehr und Lagerei (10,9 Prozent). Weitestgehend unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung hat es in vielen dieser Bereiche in den vergangenen Jahrzehnten bereits umfassende Digitalisierungsschübe gegeben – lange bevor „Industrie 4.0“ in aller Munde war. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sehen Experten hier noch viele weitere Wachstumspotenziale, beispielsweise durch integrierte Lösungsverfahren oder „smarte Produkte“.

Es ist daher an der Zeit, den Entwicklungen im Dienstleistungssektor politisch eine größere Aufmerksamkeit zu schenken sowie wirtschafts-, arbeitsmarkt- und innovationspolitisch stärker strategisch und programmatisch zu flankieren. Politischer Grundkonsens sollte dabei sein, den Strukturwandel im Land Bremen nicht aufhalten, sondern mitgestalten zu wollen. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Bestandsaufnahme der Ist-Situation (Stärken, Schwächen) und den Entwicklungstendenzen (Chancen, Risiken) im bremischen Dienstleistungssektor unter Berücksichtigung regionaler, nationaler und globaler Einflussfaktoren sowie – darauf aufbauend – die Entwicklung einer Handlungsstrategie mit klaren Zielsetzungen, konkreten Meilensteinen und Maßnahmen. Dieses kann im Rahmen eines „Masterplans Dienstleistungen“ erfolgen.

Eine große Herausforderung besteht in diesem Zusammenhang darin, dass der Dienstleistungsbereich äußerst vielschichtig und heterogen ist und sich die Probleme und Bedürfnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen stark voneinander unterscheiden. Als Beispiel seien die guten Arbeitsbedingungen im Bereich der Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen sowie im

hochqualifizierten Technikbereich auf der einen Seite und die teilweise problematischen Arbeitsbedingungen im Bereich personennaher Dienstleistungen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Pflege, dem Reinigungsgewerbe sowie in Teilen der Logistik und des Einzelhandels genannt. So wichtig es ist, die Entwicklungen in allen Branchen zu beobachten und gegebenenfalls politisch gegenzusteuern – wie beispielsweise unlängst mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Entgelttarifvertrags im Hotel- und Gaststättengewerbe im Land Bremen geschehen – so richtig ist es, im Hinblick auf die Gestaltung des Strukturwandels längerfristige strategische Schwerpunkte zu setzen.

Dabei sollte sich insbesondere auf die Förderung sogenannter wissensintensiver Dienstleistungen – also Ingenieurbüros, Anwaltskanzleien, Arztpraxen und Krankenhäuser, Werbeagenturen, Forschungslabore oder IT-Beratungen – konzentriert werden, denn diese sind Wachstumstreiber auf dem Arbeitsmarkt, befördern Innovationen und treiben den Strukturwandel voran. Ihre wichtigste Ressource ist das Wissen der Beschäftigten. Deswegen bieten sie verhältnismäßig wenig Rationalisierungspotenzial. In den wissensintensiven Dienstleistungen wird überwiegend gut entlohnt, es gibt überdurchschnittlich viele Vollzeit-arbeitsverhältnisse; der Frauenanteil und das Qualifikationsniveau liegen höher als in anderen Branchen.

Insbesondere die großen Städte profitieren vom Wachstum der wissensintensiven Dienstleistungen. Zwischen 2007 und 2017 stiegen die Beschäftigtenzahlen in den entsprechenden Wirtschaftszweigen im Land Bremen um rund 28 Prozent – dies entspricht über 15 000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse – und damit deutlich stärker als im Branchendurchschnitt (+ 16 Prozent). Allerdings findet das Wachstum von einem niedrigen Niveau aus statt und verläuft zwischen Bremen und Bremerhaven nicht gleichgewichtig: Der Anteil wissensintensiver Dienstleister an allen Beschäftigten lag 2017 in der Stadtgemeinde Bremen mit 22 Prozent deutlich unter dem Durchschnittswert der 14 Vergleichsstädte ähnlicher Größe von 31 Prozent; ähnliches gilt für Bremerhaven (18 Prozent im Vergleich zum Durchschnittswert von 23 Prozent der 15 Vergleichsstädte). Die wissensintensiven Dienstleistungen wachsen in anderen Städten (Berlin: + 46 Prozent zwischen 2000 und 2017; München: + 43 Prozent; Leipzig: + 39 Prozent und Oldenburg: + 38 Prozent) zudem deutlich dynamischer als in Bremen (+ 32 Prozent) und Bremerhaven (+ 6 Prozent) – obwohl das Land Bremen mit einer international anerkannten Universität und der höchsten Dichte an Großforschungseinrichtungen eigentlich über gute Voraussetzungen verfügt. Hier fehlt es offenkundig an einer vergleichbaren Sogkraft auf Menschen aus der Kreativwirtschaft, der IT- oder der Unternehmensberatung. Der eigentlich notwendige Aufholprozess bleibt somit aus. Es muss Ziel eines Masterplans Dienstleistungen sein, dies zu ändern.

Trotz der unterschiedlichen Bedürfnisse und Fördermöglichkeiten in den einzelnen Branchen lassen sich auch Faktoren ermitteln, die für das Gros der wissensintensiven Dienstleistungen relevant sind: Hierzu zählen insbesondere ein gutes Bildungssystem zur Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses, die Förderung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft, die Verbesserung von Image und Urbanität des Zwei-Städte-Staates, insbesondere bei jungen Menschen, die Förderung von Unternehmensgründungen und Start-ups sowie die Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen. Vor allem diese Querschnittsthemen muss ein Masterplan Dienstleistungen adressieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Masterplan Dienstleistungen zu erarbeiten, der eine Bestandsaufnahme sowie eine Handlungsstrategie zur Förderung des Dienstleistungssektors im Land Bremen mit klaren Zielsetzungen, konkreten Meilensteinen, Zuständigkeiten, Maßnahmen sowie deren Finanzierung und kontinuierlichem Monitoring beinhaltet.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in diesem Masterplan einen Schwerpunkt auf die Entwicklung der wissensintensiven Dienstleistungen im Land Bremen zu legen. Dabei sollen insbesondere folgende Themen bearbeitet werden:
  - a) Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem;
  - b) Förderung lebenslangen Lernens;
  - c) Wiedererlangung des Exzellenzstatus der Universität Bremen;
  - d) Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Universität Bremen;
  - e) Ausbau der Studienkapazitäten an den Fachhochschulen im Land Bremen mit besonderem Schwerpunkt auf der Hochschule Bremerhaven;
  - f) Etablierung eines Clusters Gesundheitswirtschaft, gegebenenfalls als Weiterentwicklung des Netzwerks Gesundheitswirtschaft Nordwest e.V.;
  - g) bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, insbesondere in den fünf Landeswissenschaftsschwerpunkten, mit regionalen (Dienstleistungs-)Unternehmen;
  - h) Stärkung des Hochschulnetzwerkes „BRIDGE“, um die Zahl der Existenzgründung aus Hochschulen nachhaltig zu erhöhen;
  - i) Sicherstellung eines passenden Gewerbeflächenangebots für Dienstleistungsunternehmen, unter anderem durch Ausweisung und Entwicklung von gemischt genutzten urbanen Quartieren;
  - j) Weiterentwicklung der bremischen Wirtschaftsförderungsinstrumente mit dem Fokus auf Förderung von Unternehmensgründungen, Investitionen, Innovationen und digitalen Geschäftsmodellen in Dienstleistungsunternehmen („Dienstleistungen 4.0“);
  - k) konsequenter Ausbau der E-Governments und von „Smart City“-Anwendungen;
  - l) Förderung der lokalen Kultur- und Kreativszene;
  - m) Verbesserung von Image und Urbanität durch ein positiv aufgeladenes, sichtbares und einheitliches Stadt- und Standortmarketing.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr den Masterplan Dienstleistungen innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung zur weiteren Beratung vorzulegen.

Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Lencke Steiner und Fraktion der FDP